

Der Pazifik als strategischer Schwerpunkt

Die Vereinigten Staaten richten ihre Sicherheitspolitik neu aus

Präsident Obama hat Ostasien zum neuen Schwerpunkt der amerikanischen Sicherheitspolitik erklärt. Wenn Europa auf diese Entwicklung reagieren will, muss es aus seinem strategischen Dornröschenschlaf erwachen.

Martin Wagener

Drei Entwicklungen beeinflussen gegenwärtig strategische Planungen im Pentagon. Obama will erstens das amerikanische Engagement in Afghanistan beenden, das angesichts der zweifelhaften Erfolgsaussichten innenpolitisch immer schwieriger zu rechtfertigen ist. Zweitens muss der Präsident die Staatsfinanzen in den Griff bekommen. Dem Pentagon wurde daher auferlegt, in den kommenden zehn Jahren 487 Milliarden Dollar einzusparen. Fraglich ist, ob dies reicht und welche Konsequenzen sich daraus für die Finanzierbarkeit einer global orientierten Sicherheitspolitik ergeben.

Kein plötzlicher Schwenk

Drittens werden die militärischen Fähigkeiten Irans und Chinas mit Sorge betrachtet. Dabei ist Teheran als kurz- bis mittelfristige Herausforderung einzuordnen, die eng an die Natur des politischen Systems des Landes gebunden ist. Mit dem Aufstieg Chinas sind dagegen Machtverschiebungen tektonischen Ausmasses verbunden. Das Land hat seinen Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung von 1,6 Prozent im Jahr 1990 auf 9,4 Prozent 2010 gesteigert, verfügt über Devisenreserven in der Höhe von 3,2 Billionen Dollar und baut vor allem seine Raketen- und Seestreitkräfte stark aus.

Eine Konzentration verfügbarer Mittel wie auch der strategischen Aufmerksamkeit auf Ostasien liegt vor diesem Hintergrund nahe. Grundsätzlich hatte bereits die Administration Bush in diese Richtung gedacht. In einem Grundsatzdokument von 2006 hatte sie angekündigt, die Flottenpräsenz im Pazifik zu erhöhen. Sechs Flugzeugträger und 60 Prozent der U-Boote sollten diesem Ozean und damit dem Pazifikkommando, dem grössten Regionalkommando der USA, zugeordnet werden. Beide Vorgaben sind mittlerweile ungefähr erfüllt. Die Navy verfügt über 285 Schiffe, von denen etwa 180 der Pazifischen Flotte zugeordnet sind.

Die Modernisierung der militärischen Präsenz der USA war mit der «Global Defense Posture Review» von Präsident Bush in die Wege geleitet worden. Sie betraf unter anderem die Allianzen mit Japan und Südkorea sowie den Ausbau des Stützpunkts Guam. Allen Spatzwängen zum Trotz hat sein Nachfolger Obama an diesem Weg auch 2011 festgehalten: Mit Südkorea wurde darüber diskutiert, ob die USA künftig eine im Aufbau befindliche Marinebasis auf der südlichen Insel Jeju nutzen dürften. In Singapur sollen erstmals amerikanische Kriegsschiffe stationiert werden, die für die Kriegführung in den Randmeeren besonders geeignet sind.

Mit dem USNS «Richard E. Byrd» ging im August erstmals seit fast vier Jahrzehnten ein amerikanisches Kriegsschiff im vietnamesischen Hafen Cam Ranh Bay vor Anker und liess Reparaturen vornehmen. Im September kündigte die amerikanische Regierung an, 145 Kampfflugzeuge Taiwans vom Typ F-16 A/B zu modernisieren. Im November erklärte Obama während seiner Australien-Reise, in Darwin im Norden des Kontinents bis zu 2500 Marines stationieren zu wollen. Parallel dazu stellte das Pentagon Umriss des geplanten Air-Sea-Battle-Konzepts vor, das als militärstrategische Antwort auf die zunehmenden Möglichkeiten Chinas, den USA den Zugang zum westlichen Pazifik zu versperren, zu verstehen ist. Washington wird auch 2012 weitere Massnahmen zur Festigung seiner militärischen Vormachtstellung in Ostasien einleiten. Me-

Startmanöver auf dem Flugzeugträger «George Washington» während einer amerikanisch-japanischen Militärübung. MAESHRO/EPAA

dienberichte der vergangenen Woche deuten darauf hin, dass die Regierung gegenwärtig mit Manila über eine stärkere Präsenz amerikanischer Streitkräfte auf den Philippinen verhandelt.

Ein «pazifischer Präsident»?

Dass Obama ein besonderes Interesse an Ostasien hat, mag zumindest zum Teil auf seine Kindheit zurückzuführen sein, in der er einige Jahre in Hawaii und Indonesien verbrachte, was ihn einmal dazu veranlasste, sich als «America's first Pacific President» zu bezeichnen. In diplomatischer Hinsicht ist er seit Beginn seiner Präsidentschaft weitaus aktiver in Ostasien als sein Vorgänger Bush. So unternahm Hillary Clinton im Februar 2009 ihre erste Auslandsreise nach Ostasien und besuchte dabei als erste amerikanische Aussenministerin das Sekretariat der südostasiatischen Staatengruppe Asean in Jakarta.

Im November 2009 wurde das erste Gipfeltreffen zwischen den USA und den Asean-Staaten abgehalten. In Hanoi gehörte Washington zu den Gründungsmitgliedern, als im Oktober 2010 das Treffen der Verteidigungsminister der Asean und von acht ihrer Dialogpartner aus der Taufe gehoben wurde. Im November 2011 nahm der amerikanische Präsident in Bali erstmals am East Asia Summit teil. Obama zeigte

bei dieser Gelegenheit Stärke, indem er sich sehr zum Ärger Chinas mit jenen Staaten Südostasiens solidarisierte, die sich für einen verbindlichen Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer einsetzen.

Anfang Dezember 2011 war Clinton zu Gast in Burma. Dabei dürfte es nicht nur um eine Unterstützung des Reformprozesses gegangen sein. Während der Administration Bush hatten Beobachter darüber geklagt, dass China in anderen Staaten mit einer Charmeoffensive systematisch amerikanische Bündnisbeziehungen untergrabe. Die Administration Obama hat nun den Spiess umgedreht und versucht, einem engen Alliierten Pekings politische Alternativen zu offerieren.

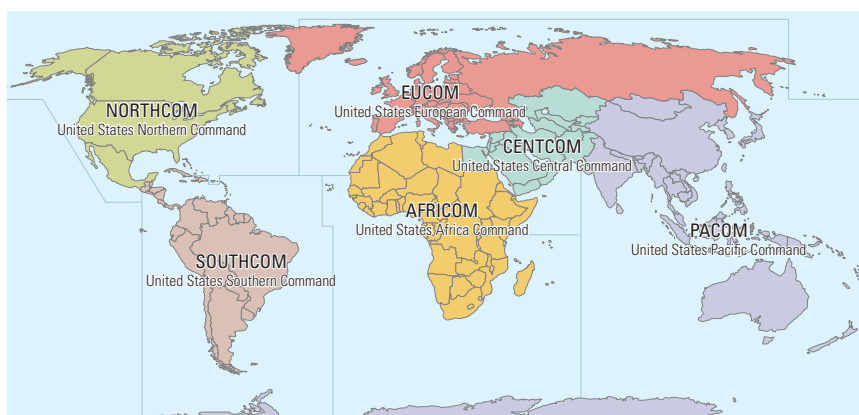
Zur höchsten Priorität erklärt

Jüngste Äusserungen amerikanischer Entscheidungsträger bestätigen die verstärkte Hinwendung in Richtung Pazifik. In einem für die Zeitschrift «Foreign Policy» im November 2011 veröffentlichten Beitrag erklärt Clinton, dass die Zukunft der Politik in Asien entschieden werde – und nicht in Afghanistan oder im Irak. Obama wurde in einer Rede vor dem australischen Parlament am 17. November 2011 noch deutlicher: Der asiatisch-pazifische Raum werde künftig die höchste Priorität

Regionalkommando mit wachsender Bedeutung

Die amerikanischen Streitkräfte gliedern sich in drei Funktions- und sechs Regionalkommandos, die in einem regelmässig aktualisierten, geheimen «unified command plan» ausgewiesen werden. Das Pazifikkommando mit Hauptquartier in Hawaii hat den mit Abstand grössten Verantwortungsbereich – er umfasst ungefähr die Hälfte der Erdoberfläche. Kommandant ist seit Oktober 2009 Admiral Robert Willard.

Das Pazifikkommando unterhält zu zahlreichen asiatischen Streitkräften Kontakte und führt in Friedenszeiten unter anderem Manöver und Patrouillen durch. Auch gehören humanitäre Missionen wie etwa die Hilfe für den Bündnispartner Japan nach dem Erdbeben vom März 2011 zu seinem Aufgabengebiet. Im Konfliktfall stützt es inner- und ausserhalb seines Verantwortungsbereiches militärische Operationen ab.



QUELLE: UNITED STATES GOVERNMENT

NZZ-INFOGRAFIK/saf

Hegemon wider Willen

Deutschlands Rolle in Europa

Wie sich das wirtschaftlich starke Deutschland in einem krisengeplagten Europa verhalten soll, ist immer wieder umstritten. An der Münchner Sicherheitskonferenz waren es ausländische Gäste, die für mehr deutsche Führung plädierten.

Eric Gujer, München

Lange musste Angela Merkel von ihren Partnern gedrängt werden, bis Deutschland zu umfassenden Massnahmen gegen die Euro-Krise bereit war. Zögerlich, beinahe widerwillig übernahm Berlin die Führung, doch es war absehbar, dass diese Rolle Widerstand provozieren würde, und so machte bald das Wort vom deutschen Diktat die Runde. Wie viel deutsche Führung verträgt Europa? Mit dieser Frage befasste sich zum Auftakt am Freitag auch die Münchner Sicherheitskonferenz.

Ausländische Aufmunterungen

Der polnische Aussenminister Radoslaw Sikorski mahnte zwar die Deutschen, sie sollten sich an ihrem Erfolg nicht berauschen. Doch hatte er kürzlich erklärt, er fürchte sich weniger vor deutscher Führung als vor deutscher Untätigkeit. Und der stellvertretende israelische Aussenminister Daniel Ayalon erklärte in München die Bundesrepublik kurzerhand nicht nur zur europäischen Führungsmacht, sondern zu einem «world leader». Wenn ausgerechnet ein Pole und ein Israeli dies sagen, dann ist dies ein untrügliches Indiz dafür, dass sich die Erwartungen an Deutschland gründlich verändert haben. Nicht mehr, was Deutschland einst getan hat, bestimmt die Wahrnehmung, sondern das, was Deutschland in Zukunft tun muss, um die bedrohliche Schuldenkrise zu bekämpfen.

Widerspruch kam in München nicht ganz überraschend vor allem von deutscher Seite. «Wenn die anderen Führung sagen, meinen sie oft nur Geld», antwortete trocken Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Er gab damit nicht nur die vorherrschende Meinung seiner Landsleute zum Euro-Schlamassel wieder, in dem sich die deutschen Steuerzahler gegen zusätzliche Lasten sträuben. Generell wünschen sich die meisten Deutschen für ihr Land eher die Rolle einer grossen Schweiz, die sich nicht in die Händel der Welt einmischet. «Mentalitäten ändern sich langsamer als die Lage», ergänzte de Maizière, der dazu aufrief, Deutschland nicht mit Erwartungen zu überfordern.

Warnung vor Kraftmeierei

Kritische Töne zu Deutschland schlug auch der zweite deutsche Teilnehmer auf dem Podium an, der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier. Er erinnerte an den Ausspruch eines Politikers in Berlin, der gesagt hatte, «man spricht wieder Deutsch in Europa», und warnte vor Kraftmeierei. Zugleich machte er deutlich, dass sich die politischen Kräfte in Berlin nicht einig sind, in welche Richtung denn Deutschland die EU führen soll. Er plädierte dafür, Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau nicht zu den einzigen Rezepten zu erklären, und begab sich damit in Widerspruch zur Haltung der Kanzlerin. Steinmeier sagte, Berlin müsse im eigenen Interesse grössere Lasten übernehmen, weil ein Kollaps der schwächsten Mitglieder der Euro-Zone die Exportnation Deutschland empfindlich in Mitleidenschaft zöge.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash resümierte die Geschichte des Euro mit einer prägnanten Formel. «Früher sass Frankreich am Steuer und Deutschland auf dem Beifahrersitz.» Mit der Einführung des Euro habe Paris Berlin unfreiwillig auf den Fahrersitz bugsiert. Nun sei Deutschland eben der «Quasi-Hegemon» in einem schwächelnden und kränkelnden Europa.

tät in der amerikanischen Sicherheitspolitik einnehmen. Er betonte, dass deshalb Kürzungen in den Verteidigungsausgaben der USA nicht zulasten des Fernen Ostens gingen. Diese Überlegungen haben Eingang in ein neues strategisches Grundsatzpapier gefunden, das vom Pentagon Anfang dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Demnach sollen die amerikanischen Streitkräfte zwar weiterhin zur globalen Sicherheit beitragen, nun aber stärker auf den asiatisch-pazifischen Raum ausgerichtet werden.

Folgen für Europa

Für Europa hat diese Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik weitreichende Folgen. Es wird an seiner geopolitischen Peripherie mehr Verantwortung übernehmen müssen. Angesichts der amerikanischen Schuldenkrise ist zu erwarten, dass die USA künftig nur sehr selektiv in militärischen Konflikten intervenieren werden. Die Uneinigkeit der europäischen Nato-Staaten während der Libyen-Krise hat gezeigt, dass der alte Kontinent auf mehr sicherheitspolitische Eigenständigkeit schlecht vorbereitet ist. Wenn es daher im Strategiedokument vom Januar heisst, dass die meisten Staaten Europas heute «eher Produzenten als Konsumenten von Sicherheit» seien, dann darf man dies in London, Paris und Berlin vor allem als Aufforderung verstehen, mehr sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen.

Ob die nun getroffene Entscheidung der USA für eine stärkere Konzentration auf den Fernen Osten von Dauer ist, bleibt abzuwarten. Wichtige, prägende Ereignisse können schnell zu einer Neuordnung sicherheitspolitischer Prioritäten führen. Wer hat etwa unmittelbar nach dem Wahlsieg von George W. Bush Ende 2000 daran gedacht, dass innerhalb kürzester Zeit der Kampf gegen den Terrorismus zum zentralen Thema der neuen Regierung würde? Sollte es in den kommenden Monaten zu einem Zusammenstoss amerikanischer und iranischer Streitkräfte in der Strasse von Hormuz kommen, dann würde Ostasien auf der tagespolitischen Agenda der Administration Obama schnell von den vorderen Plätzen verdrängt. Dennoch bleibt der Umgang mit dem Aufstieg Chinas langfristig die mit Abstand grösste Herausforderung. Dies spricht dafür, dass sich die strategische Aufmerksamkeit der USA vom Atlantik in den Pazifik verschieben wird.

Martin Wagener ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier.